

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 129
Dezember
2025

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

friedliche Weihnachtsmärkte, aber auch Terror und Krieg bestimmen die Nachrichten dieser Tage. Wie wollen, wie sollen wir mit dieser disparaten Welt umgehen?

U.S. Präsident Trump hat für sich und die USA vor wenigen Tagen eine Strategie formuliert, die viele in Deutschland außerordentlich befremdet und auch besorgt. Unser engster und stärkster Partner der letzten 70 Jahre steht plötzlich Seite an Seite in einer Kerngruppe (USA, Russland, China, Indien und Japan) mit dem Aggressor Russland?!

Ein befreundeter Thinktank-er mit langjähriger Erfahrung im Washingtoner Nationalen Sicherheitsrat hat offenbar keine Probleme mit der neuen U.S. Sicherheitsstrategie. Seine Analyse:

„Trump setzt das Mandat der amerikanischen Wähler um, sich zuerst um das eigene Land zu kümmern, bevor er sich um weit entfernte Orte kümmert. Das bedeutet, den Niedergang der amerikanischen Industrie umkehren und die Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig machen. Die Arbeiter- und Mittelschicht als Rückgrat Amerikas stärken. Die eigene Nachbarschaft sicherer machen. Das ist unsere Priorität.

Die zweite Priorität ist der asiatisch-pazifische Raum – das Gravitationszentrum der Weltwirtschaft. Wir müssen unsere Verbündeten stärken und Taiwan nicht nur als eine Frage der Beziehungen mit China, sondern vielmehr in einem regionalen Kontext betrachten. Dies gilt umso mehr angesichts seiner Bedeutung als strategischer Standort der Halbleiterproduktion für die Welt.

Während sich die USA auf die bereits von der Obama-Regierung eingeleitete Hinwendung nach Asien konzentrieren, sollte sich Europa um seine eigenen Angelegenheiten kümmern. Lastenteilung heißt das Stichwort. Amerika hat 330 Millionen Einwohner, die EU 450 Millionen. Es ist unfair, wenn amerikanische Steuerzahler für die Verteidigung Europas aufkommen müssen. Die Steuerlast muss geteilt werden.

In dieser Ausgabe

2 Europas notwendige Reaktion auf Amerikas Unsicherheitsstrategie

Dr. Josef Braml

3 Europe needs an ambitious Space Strategy

Dr. Heinrich Kreft

5 A Taiwan buffer between China, Japan

Dr. Christina Lin

7 BSC Nachlese: Steinige Wege geht man besser zusammen

Dr. Simon Dümpelmann

8 “Nuklear”: ein deutscher Politthriller

Maximilian Wülfing

Daher finde ich, dass die NSS mit meinen Prioritäten als Amerikaner übereinstimmt. Sie ist realistisch und praktisch und wird ihre Aufgabe erfüllen. Ein stärkeres Amerika ist besser in der Lage, sich zu behaupten und seinen Freunden zu helfen. Ein schwaches Amerika kann nicht einmal sich selbst helfen, geschweige denn anderen.“

Europa hat leider keine erkennbare Strategie in der gegenwärtigen geopolitischen Dynamik. Als bei der Berliner Sicherheitskonferenz im vergangenen Monat Matthew Whitaker - der US-Botschafter bei der NATO – erklärte, dass er sich auf den Tag freue, an dem Deutschland freiwillig die Rolle des Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte in Europa übernehmen werde, zeigte sich Generalleutnant Wolfgang Wien, Berlins Militärvertreter bei der NATO und der EU, deutlich überrascht. So weit gingen deutsche Führungsambitionen nicht.

Aber was sind denn nun die strategischen Ziele für Deutschlands Prosperität und Sicherheit? Und auf welchen Wegen und mit welchen Mitteln wollen wir diese erreichen - ggf. auch mit weniger Amerika? Die Tage nach Weihnachten bieten sich zum intensiven Nachdenken darüber an.

Zuvor wünschen wir Ihnen ein frohes Weihnachtsfest. Kommen Sie gut ins Neue Jahr

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

THEMEN

Europas notwendige Reaktion auf Amerikas Unsicherheits-strategie

Donald Trumps neue Sicherheitsstrategie setzt ein klares Zeichen: Europas Illusionen zerbrechen – jetzt wankt die globale Machterordnung gehörig, analysiert der USA-Experte Josef Braml für Focus Online.

In der aktuellen geopolitischen Lage offenbart sich eine grundlegende Verschiebung der internationalen Machtverhältnisse, die insbesondere durch die neue [Nationale Sicherheitsstrategie der USA](#) unter Donald Trump geprägt ist. Während europäische Politiker in der Vergangenheit versuchten, durch Anpassung und Zugeständnisse das Verhältnis zu Washington zu stabilisieren, macht das aktuelle Strategiedokument deutlich, dass solche Unterwerfungsgesten allenfalls einen zeitlichen Aufschub, aber keine dauerhafte Sicherheit bringen.

Die Logik der Einfluss-sphären

Das US-Sicherheitsdokument kann als implizite Befürwortung von Einfluss-sphären gedeutet werden. Die Vereinigten Staaten beanspruchen die Führungsrolle auf dem amerikanischen Kontinent und in ihrer Nachbarschaft, während Russland und die Europäische Union für die Angelegenheiten in Europa zuständig sein sollen. China wiederum wird ein

erheblicher Einfluss auf die Zukunft Asiens eingeräumt, sofern dieser innerhalb akzeptabler Grenzen bleibt.

Die Trump-Regierung vertritt dabei eine klar realistische Sichtweise: „Der überproportionale Einfluss größerer, reicherer und stärkerer Nationen ist eine zeitlose Wahrheit der internationalen Beziehungen.“ Auch wenn der Begriff „Einfluss-sphären“ offiziell oft vermieden wird, ist die zugrundeliegende Logik – regionale Dominanz der Großmächte – klar erkennbar.

Implikationen für die globale Ordnung

Die US-Strategie impliziert eine stillschweigende Akzeptanz, dass Großmächte ihre Regionen dominieren dürfen, solange das internationale System insgesamt stabil bleibt. Besonders Chinas Einflussnahme in Asien wird toleriert, solange sie keine globalen Normen verletzt oder US-Kerninteressen bedroht. Machtpolitik wird so als unumgängliches Element der internationalen Beziehungen dargestellt – als Realität, nicht als Problem.

Diese Haltung spiegelt sich auch in der US-Position zum Ukraine-Krieg wider. Für Trump stellt der Krieg vor allem ein wirtschaftliches Problem dar: „Krieg ist schlecht fürs Geschäft.“ Die Aufteilung Europas in Einflusszonen – mit Ansprüchen der USA und Russlands – war bereits in früheren Friedensplänen angedeutet, in denen eine Teilung der Geschäftsinteressen in der Ukraine zwischen beiden Mächten vorgesehen wurde.

Europas strategische Herausforderung

Angesichts der veränderten US-Strategie sind die europäischen Autonomiebestrebungen dringlicher denn je. Die USA betrachten Europa nicht mehr als Partner, sondern zunehmend als „Risiko“ und „Krisenfall“. Sicherheitsgarantien werden an wirtschaftliche Zugeständnisse geknüpft, wodurch das Fundament der NATO erodiert und ein „Pay-to-Play“-System entsteht.

Für Europa bedeutet dies einen Verlust an strategischer Berechenbarkeit und Verlässlichkeit. Die Lockerung der US-Sicherheitszusagen schwächt die transatlantische Bindung – ein Umstand, den Russland ausnutzen könnte.

Seit Trumps Wiederwahl müssen Europäer mehr in die eigene Verteidigung und den Wiederaufbau der Ukraine investieren, da die NATO und das US-Schutzversprechen an Wert verlieren. Ohne eigene Abschreckung droht Europa zum nächsten Opfer einer sich wandelnden Weltordnung zu werden. Die Umsetzung der vielbeschworenen „strategischen Autonomie“ erfordert erhebliche Investitionen in Verteidigung und Technologie.

Globale Verschiebungen und Europas Handlungsbedarf

Da China als militärischer Rivale der USA aufsteigt und Washington seinen außenpolitischen Fokus verstärkt auf den indopazifischen Raum ausrichtet, sollte Europa eigenständige Verteidigungsfähigkeiten aufbauen.

Aus amerikanischer Sicht erscheinen europäische Probleme zunehmend als zweitrangig. Die Beendigung des Ukraine-Kriegs zu US-konsistenten Bedingungen ist Teil einer Strategie zur Sicherung eigener geopolitischer und wirtschaftlicher Interessen.

Die im November 2025 veröffentlichte Nationale Sicherheitsstrategie der USA gesteht China zwar implizit eine eigene Einfluss-sphäre zu. Allerdings bergen solche Sphären das Risiko von Instabilität, besonders wenn deren Grenzen umstritten sind.

Risiken umstrittener Einfluss-sphären

Unklare oder umstrittene Grenzen führen zu Nullsummenrivalitäten, bei denen Zugewinne einer Macht als Verluste einer anderen wahrgenommen werden. Auch kleinere Staaten bleiben vom Ringen um Einfluss-sphären nicht verschont. Die Hierarchie dieser Sphären bedeutet, dass Großmächte Kontrolle über die Politik schwächerer Staaten anstreben. Damit geraten

die Souveränität kleinerer Staaten und regionale Stabilität in Gefahr – sichtbar etwa in der Ukraine seit 2014. Solche Auseinandersetzungen bleiben selten lokal begrenzt und haben das Potenzial, regionale Sicherheitsstrukturen zu destabilisieren und Wettrüsten zu befeuern.

In der heutigen multipolaren Welt führen überlappende Einflusssphären – beispielsweise zwischen den USA und China in Ostasien – zu dauerhaften Konfliktherden wie im Südchinesischen Meer oder der Taiwanstraße. Hier verbinden sich territoriale Streitigkeiten mit Ressourcenwettbewerb, was Kompromisse erschwert. Umstrittene Sphären beeinträchtigen zudem Handelsrouten und globale Investitionsflüsse, wie Risikoanalysen zeigen. Die daraus resultierende wirtschaftliche Fragmentierung fördert Ungleichheiten und befeuert Populismus, der wiederum die Innenpolitik und internationale Zusammenarbeit destabilisiert.

Europas Rolle in der neuen Weltordnung

Im aktuellen sino-amerikanischen Kräfterennen ist Europa bislang nur Zuschauer. Ohne entschlossenes Handeln droht ihm jedoch, zum zentralen Verlierer zu werden. Die EU betont seit Jahren ihre Bestrebungen nach Unabhängigkeit von den USA in Politik, Wirtschaft und Sicherheit.

Doch symbolische Szenen, wie das scheinbare Akzeptieren von US-Forderungen durch Spitzenpolitiker, untergraben das Bild eines souveränen Europas. Dies hinterlässt den Eindruck eines Machtgefälles und schwächt die Position der EU gegenüber anderen Großmächten.

Wer in einer von Einflusssphären und harten Interessen geprägten Welt als globaler Akteur auftreten will, muss Souveränität nicht nur verkünden, sondern auch praktisch umsetzen. Andernfalls bleibt die „Sprache der Macht“ ein leeres Versprechen, und Europa verliert an Glaubwürdigkeit und Einfluss – auch über seine eigene Zukunft.

Dr. Josef Braml

Dr. Josef Braml ist Politikwissenschaftler, [USA-Experte](#) und European Director der [Trilateral Commission](#) – einer einflussreichen globalen Plattform für den Dialog eines exklusiven Kreises politischer und wirtschaftlicher Entscheider/innen Amerikas, Europas und Asiens. Dieser Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wieder.

THEMEN

Europe needs an ambitious space strategy

Europe is currently facing major geopolitical and geo-economic challenges that threaten its position in the world. And these challenges have an increasingly significant space component. Space has now also become strategically important for Europe. Nevertheless, the benefits of space activities for the economy and for security and defense in Germany and Europe are still underestimated. The benefits of the space economy for the overall economy are even greater than the \$600 billion that the sector generated worldwide last year. Its central importance can only be compared to the fundamental importance of the IT industry and, in the future, artificial intelligence and possibly quantum technologies. Europe, which has been struggling economically for years, cannot afford to fall behind countries such as the US and China in such an important growth industry.

A joint study by the European Space Policy Institute and the Boston Consulting Group, which was also referenced by Mario Draghi in his report on the future of European competitiveness, highlighted the systemic importance of investments in space. The growth of the global space economy accelerated further last year to 7.8 percent, leading the independent American Space Foundation to expect a market volume of one trillion US dollars to be reached as early as 2032. A joint study by Roland Berger and the BDI, recently presented at the BDI Space Congress, expects the space sector to grow by around 317 percent between 2020 and

2040, from around 471 billion to just under 2 trillion US dollars.

Our continent (still) accounts for just under 25 percent of global economic output. Europe's goal should be to achieve a comparable share of the global space economy, which currently stands at 17 percent – and is trending downward. Reversing this trend will require a significant expansion of government and private sector investment in the space economy.

Europe is a leader in space applications for Earth observation and meteorology (Copernicus) and navigation (Galileo), but has deficits in other areas and has fallen far behind the US and China in some respects. This applies to access to space, which was even temporarily lost due to the delayed launch of Ariane 6. Although this has been restored this year, Ariane 6 lags far behind the competition, particularly SpaceX's Falcon 9, owned by multi-billionaire Elon Musk. Since SpaceX has succeeded in returning the Falcon 9's booster stage to Earth and reusing it, freight costs per kilogram of weight have been drastically reduced. SpaceX's even larger heavy-lift rocket, Starship, which has just successfully completed testing, is even largely reusable, which will result in further cost reductions. Musk's space rival and Amazon founder Jeff Bezos also transported two NASA satellites into space in early November with his company Blue Origin's partially reusable heavy-lift rocket New Glenn. Both companies are engaged in fierce competition for the lucrative NASA missions of the Artemis moon program. Ariane 7, which is currently in the early stages of development, must also be at least partially reusable in order to become competitive again with US and other companies (e.g., from India). Following the American recipe for success of involving the private sector more closely in European space projects, the ESA has encouraged five private companies – including three German ones – to develop their own space rockets with a "Launcher Challenge," at least one of which is now in the test phase.

It was only through the drastic reduction in freight rates to space, together with the trend toward miniaturization in satellite construction, that the development of satellite mega constellations such as Starlink became financially viable and economical. By the end of the year, SpaceX plans to expand its constellation to 12,000 satellites, with approval already in place for a further 30,000.

Here, too, Europe lags far behind the US and China. With IRIS², Europe is currently building its own satellite network for secure communications, but it will only cover its own continent. In the medium term, Europe also needs a global network that can compete technologically with the American and Chinese constellations.

Secure communications are also of fundamental importance for security and defense. For Europe, Russia's war of aggression against Ukraine was a wake-up call, because shortly before, Russia had crippled Ukrainian satellite communications and the internet by jamming ViaSat satellites. It was only through the activation of the Starlink network by Elon Musk that Ukraine was (and is) able to defend itself effectively against the invaders. Nothing demonstrates the security policy relevance of space, which has also been recognized in Europe, as clearly as the appointment of a dedicated EU Commissioner for Defense and Space.

Europe must also become autonomous in terms of defense in space

In addition to risks induced by climate change and natural disasters, war and geopolitical conflicts – accentuated by technological developments – are once again among the greatest threats to Europe's security.

These threats also emanate from space, as more and more countries view it as a domain for warfare and geopolitical influence. The 1967 Outer Space Treaty has not been able to prevent this, and due to the tense relations between the major spacefaring nations, there is currently a lack of political will to expand and adapt the treaty

to the technological developments that have taken place since then.

As a result, Europe must also ensure its own defense in space. Like all developed countries, Europe is increasingly dependent on critical infrastructure in space. Satellite networks in particular have become the Achilles heel of modern societies. Satellites can be disrupted, blinded, manipulated, and kinetically destroyed. Not only did Russia shut down Ukraine's satellite communications just hours before its large-scale attack on Ukraine, but a few weeks earlier, it demonstrated that it also had this capability by kinetically destroying one of its own satellites. In doing so, Moscow willingly accepted the risk of endangering the lives of the ISS crew, including one of its own cosmonauts. The destruction of the satellite created a field of debris that put the ISS and its crew, including German astronaut Matthias Maurer, in acute danger. Russian activities in space are now directly targeting parts of the European space infrastructure. For example, Russia has positioned reconnaissance satellites in the immediate vicinity of space systems belonging to the German Armed Forces and Western countries and is tracking IntelSat satellites, which are also used by the Bundeswehr.

Projects in space have always been dual-use in nature. Weather data, for example, are of great value to both agriculture and the military. And this also applies to many other types of data and capabilities. Space infrastructure is critical for the military and, at the same time, to a large extent for the state, the private sector, and, last but not least, for the everyday life of every individual.

This infrastructure is also highly vulnerable and must therefore be protected as best as possible. This requires, among other things, the hardening of satellites and the establishment of redundancies and the ability to replace lost infrastructure quickly and autonomously – including through launches from spaceports on the European continent.

However, since this can only guarantee the sustainable functionality of critical space infrastructure to a limited extent, attacks on it must also be prevented by credible deterrence, which requires the development of offensive capabilities.

Europe needs higher investment and a comprehensive space strategy

Given the rapidly growing importance of space for Europe's security and economic future, our continent needs a comprehensive and ambitious space strategy. European space projects are highly fragmented between national space agencies, the EU Space Agency, and the ESA. Added to this is the growing involvement of private actors. Therefore, developing and agreeing on such a strategy is likely to be a challenging undertaking at a time when national priorities are once again gaining the upper hand over common priorities. Furthermore, approximately 80 percent of public space funding is anchored in national budgets.

Despite the rapid commercialization of space, which is primarily an American phenomenon, 85 percent of global investment in space projects still comes from public funds. The main business of the leading space start-ups – SpaceX and Blue Origin – also comes from NASA contracts for manned spaceflight and from the Pentagon. However, the US invests about five times as much in spaceflight as the Europeans, whose combined space budget amounts to just 0.07 percent of their GDP, or €14 billion.

There are also significant differences between European nations. Germany, for example, has so far invested only half as much as France, which is why France is Europe's leading space nation. For Europe, and Germany in particular, however, the recognized importance of space infrastructure for security is likely to become a game changer. With the space security strategy published in November 2025 and developed jointly by the Federal Foreign Office and the Federal Ministry of De-

fense, Germany is closing a strategic gap, as other countries – including the US, France, the UK, and Italy – have already had their own strategies for security and defense in space for several years. The space security strategy now creates, for the first time, a political and strategic basis for a national space security architecture with the goals of protecting space infrastructure, strengthening its resilience, and building up defense capabilities in space. The focus is on protecting German satellites and ground segments, expanding space surveillance, secure communications, and capabilities to deter attacks in and from space.

The strategy aims to build a strong German pillar in NATO and the EU and to intensify cooperation with partners. At the same time, the planned investments are also intended to strengthen the German and European space industry. By 2030, a total of up to €45 billion is to be invested in space-related projects – around €35 billion from the Ministry of Defense and around €10 billion from other ministries. A new feature is that the strategy includes concrete lines of action, underscoring Germany's desire to become a credible player in space.

A corresponding signal at the European level came from the ESA Ministerial Council meeting, which took place on November 26-27 in Bremen. There, the 23 member states of the ESA set the course for Europe's role in space: financially, technologically, and politically. With €22.1 billion, the space agency will receive its highest three-year budget to date. Germany has increased its contribution by almost 30 percent to €5.1 billion, remaining the largest contributor. Nearly all of the Director General's proposed projects were approved, including the European Resilience from Space program. With the ERS program, ESA is explicitly given a mandate in the area of security and defense, as the satellites designated for this purpose are primarily intended to provide military reconnaissance data. This decision takes into ac-

count the geopolitical challenges facing Europe.

It should also be noted that the European Launcher Challenge received higher contributions than requested by the ESA, which should further strengthen Europe's sovereign access to space. The member states have thus also committed themselves to more competition and to the ESA as an anchor customer.

Prof. Dr. Heinrich Kreft

Former ambassador Prof. Dr. Heinrich Kreft is program director for international diplomatic training at the German Foreign Office and a lecturer at the Andrassy University Budapest and the Hungarian University of Public Service (NKE-Ludovika). Together with his co-author Andreas Dripke, he published the book "Kampf ums All" (Race to Space) this year. An anthology he co-edited entitled "Defending Europe's Security in Space," with contributions from ESA Director General Aschbacher, EU Commissioner for Defense and Space Kubilius, and Minister of State Hahn (AA), among others, is to be presented at the Munich Security Conference in February 2026.

Note: This article is an expanded version of a (German language) guest article by the author that appeared on November 20, 2025, in FAZ.net and FAZ-PRO Weltwirtschaft under the title "Europa benötigt eine ambitionierte Weltraumstrategie"

THEMEN

A Taiwan buffer between China, Japan

Back in August, American Institute in Taiwan (AIT) Director Raymond Greene met with Chinese Nationalist Party (KMT) lawmakers including Hsu Chiao-hsin (徐巧芯), Chen Yeong-kang (陳永康), Lo Chih-chiang (羅智強) and Niu Hsuting (牛煦庭) to discuss Taiwan-US defense cooperation, on the heels of a separate meeting the previous week with Defense Minister Wellington Koo (顧立雄) from the ruling Democratic Progressive Party (DPP).^[1] Departing from the usual convention of not advertising interactions with senior national security officials, AIT posted photos of both meetings on its [facebook](#) account, seemingly

putting both the ruling and opposition party on public notice to obtain bipartisan support for its defense budget and other initiatives.^[2]

However, on 18 October, KMT elected a new China-friendly chairperson - Cheng Liwun (鄭麗文) - who advocated to restore Chinese identity in Taiwan, move towards reunification, and opposed increasing the defense budget.^[3] She also viewed that Chinese military around Taiwan is to protect Taiwan, suggesting the defense budget increase and US weapons procurement are thus unwarranted.^[4]

KMT-DPP fractures in Taiwan government

Increasing Taiwan's defense budget has been a sore spot in US-Taiwan relations over the past year, as well as between the independence-leaning DPP and reunification-leaning KMT—given any DPP budget proposal needs legislative approval where it lacks a majority.^[5] This in turn has provoked ire from Washington, cautioning that Taiwan's neglect to take requisite steps to fortify its defense would undermine US support.^[6]

The Trump administration's new National Security Strategy has asked allies to undertake more burden sharing and increase defense, and NATO has already done so.^[7] Key Asian allies including Taiwan are expected to do the same, as Washington is building a coalition including Japan, South Korea and Australia to support a potential Taiwan contingency, while monitoring Taiwan's contribution to its own defense.^[8]

However, in face of domestic political gridlock fortified by the new KMT leadership, it is unlikely Taipei's final defense budget would satisfy US and allies' expectations. As such, if Washington and regional allies lose confidence in Taiwan's commitment to burden sharing, would they abstain from assistance in a Taiwan contingency?

One unlikely country would be compelled to intervene—Japan.

Japan's stake in Taiwan's defense

Western analysts often focus on US and sideline Japan as the main actor in a Taiwan military contingency, pointing to its Constitutional constraints as well as a pacifist-leaning population. However, Tokyo has taken a more proactive stance under the new Prime Minister Sanae Takaichi, remarking that a Taiwan contingency could present a "survival-threatening situation" for Japan.^[9]

Indeed, Chinese strategists factor Japan in a Taiwan contingency. They note Taiwan's geostrategic significance, assessing that a successful Chinese occupation of Taiwan would enable Beijing control of integral sea lanes Japan needs to sustain its economic lifeline. Xiu Chunping (修春萍) from Chinese Academy of Social Sciences Institute of Taiwan Studies has written that Japanese pundits increasingly discuss "Taiwan is Japan's lifeline," while Ian Easton, professor at U.S. Naval War College's China Maritime Studies Institute, surveyed open-source Chinese military text-books documenting Japan's vulnerability if their imports through the Taiwan Straits were cut off.^[10]

In the survey, Chinese military strategists have documented that 90% of Japan's oil imports, 99% of its mineral resource supply, 100% of its nuclear fuel supply, as well as 80% of Japan's container ships transit the Taiwan Strait. A 2013 Chinese officer training manual entitled Japanese Air Self Defense Force also states, "as soon as Taiwan is reunified with mainland China, Japan's maritime lines of communication will fall completely within striking ranges of China's fighters and bombers...Japan's economic activity and war making potential will be basically destroyed...blockade can cause sea shipments to decrease and can even create a famine within the Japanese islands."^[11] Likewise Lu Pizhao (陆丕昭) of the Nanjing Army Command College viewed Taiwan

as the "Gibraltar of the East"—a strategic chokepoint whose control would give China dominance over Japan's vital sea lanes, just as the Rock of Gibraltar commands the Mediterranean — and if China seized Taiwan, "all exit and entry routes [into Japan] would be completely suffocated by China."^[12]

Taiwan as a buffer state

As such Taiwan security is of utmost importance for Japan's security, and its current ambiguous legal status in effect renders it a *de facto* buffer state between China and Japan—neither under China's control through annexation, nor under Japan's control akin to previous colonization.

Should Taiwan be annexed by China, Japan could view this as an existential threat, similar to its calculus to attack Pearl Harbor when the U.S. cut off her energy supply in World War II.^[13] Tokyo could intervene militarily before it becomes a *fait accompli*, or possibly take the nuclear path as signaled by current debates.^[14]

Tokyo's concern over Taiwan's security is evidence by its increasing alignment with NATO and the internationalization of cross-strait issue, including calling for an Asian NATO.^[15] Back in June, Taipei also held a war game with numerous retired generals and admirals from Taiwan, U.S. and Japan—including former chief of staff of Taiwan's armed forces retired admiral Lee Hsi-min (李喜明), retired US Navy admiral Michael Mullen and former chief of staff of the Japan Self-Defense Forces general Shigeru Iwasaki—highlighting Japan's increasing attention to a Taiwan contingency.^[16]

However, by the same token, if Taiwan leans too much into Japan's orbit and control, this may also be too close for comfort for China. On 15 December China sanctioned General Iwasaki for colluding with "Taiwan independence separatist forces."^[17] As such, a more optimal option is perhaps to maintain the status-quo—with a Taiwan bipartisan compromise to pass the defense budget, thereby garnering continued robust US and allied support

in a lattice framework for regional security.

Dr. Christina Lin

Dr. Christina Lin is a senior non-resident associate fellow at the NATO Defense College.

An earlier version of this article was published in Taipei Times, August 28, 2025.

^[1] Lin Che-yuan, Chen Cheng-liang, Jonathan Chin and Esme Yeh, "AIT director meets with Koo and KMT on defense", *Taipei Times*, August 27, 2025, <https://www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2025/08/27/2003842743>

^[2] Taiwan Pulse News, "Analysis: AIT's Defense Meetings with Top Taiwan Officials", August 27, 2025, <https://www.youtube.com/watch?v=wCHR5ciNKfw>

^[3] Michael Lin, "Pro-China stance of the new chair of the KMT", *Taipei Times*, October 23,

2025, <https://www.taipeitimes.com/News/editorials/archives/2025/10/23/2003845935>; Arpan Rai, "Who is Taiwan's new firebrand opposition leader seen as soft on Beijing?", *The Independent*, October 24, 2025, <https://www.the-independent.com/asia/china/taiwan-opposition-cheng-li-wun-china-invasion-b2851425.html>

^[4] *Liberty Times*, October 26, 2025, <https://news.ltn.com.tw/news/politics/paper/1729512>

^[5] "American senators question Taiwan opposition's defense budget stance", Overseas Communities Affairs Council, ROC, March 8, 2025, <https://www.ocac.gov.tw/OCAC/Eng/Pages/Detail.aspx?nodeid=329&pid=73327608>

^[6] Alexander Gray, "America's Support for Taiwan Is at a Critical Juncture", *The Diplomat*, August 16, 2025, <https://thediplomat.com/2025/08/america-support-for-taiwan-is-at-a-critical-juncture/>

^[7] The White House, "National Security Strategy of the United States of America", November 2025, <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/12/2025-National-Security-Strategy.pdf>; "Defense expenditures and NATO's 5% commitment", NATO, August 27, 2025, https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_49198.htm

^[8] Ju Hyung Kim, "How NATO's Post-WWII Defense Spending Can Inform Asia's Strategic Shift", *The Diplomat*, July 10, 2025, <https://thediplomat.com/2025/07/how-natos-post-wwii-defense-spending-can-inform-asias-strategic-shift/>

Jesse Johnson, "U.S. urges clarity on Japan's role in potential war over Taiwan, report says", *The Japan Times*, July 14, 2025, <https://www.japantimes.co.jp/news/2025/07/14/japan/us-japan-taiwan-contingency/>; Clint Work, "In Brief: The U.S.-ROK Alliance and a Taiwan Conflict", Korea Economic Institute, March 27, 2025, <https://keia.org/the-peninsula/in-brief-the-u-s-rok-alliance-and-a-taiwan-conflict/>; Demetri Sevastopulo, "US demands to know what Australia would do in

a war over Taiwan", *Financial Review*, July 13, 2025, <https://www.afr.com/world/north-america/us-demands-to-know-what-australia-would-do-in-a-war-over-taiwan-20250713-p5meib>

^[9] Gabriele Ninivaggi, "Takaichi stands firm on controversial Taiwan contingency remarks", *The Japan Times*, November 10, 2025,

<https://www.japantimes.co.jp/news/2025/11/10/japan/politics/takaichi-taiwan/>

^[10] "Analysis of the Japanese factor in the Taiwan issue from multiple perspectives", September 5,

2022, <https://m.krzzjn.com/show-1232-123970.html>; Ian Easton, *The Chinese Invasion Threat: Taiwan's Defense and American Strategy in Asia* (Arlington, VA: Project 2049 Institute,

2017), <https://www.journals.uchicago.edu/doi/abs/10.1086/697617?journalCode=tci>

^[11] Ryan Bercaw, "Yes, Japan will defend Taiwan", *The Diplomat*, May 18, 2024, <https://thediplomat.com/2024/05/yes-japan-will-defend-taiwan/>

^[12] Yang Pushuang (ed.), *The Japanese Air Self Defense Force* [日本航空自衛軍] (Beijing: Air Force Command College, 2013) 190-191 from Ian Easton, *The Chinese Invasion Threat*, 27-28.

^[13] Charles Maechling, "Pearl Harbor 1941: The first energy war", Center for International Maritime Security CIMSEC, January 30, 2019, <https://cimsec.org/pearl-harbor-1941-the-first-energy-war/>

^[14] Gabriela Bernal, "Why fears about Japan going nuclear are likely overblown", *The Interpreter*, August 16, 2025, <https://www.lowyinstitute.org/the-interpreter/why-fears-about-japan-going-nuclear-are-likely-overblown>; Gordon Chang, "Japan's new leader wants nuclear weapons", *Newsweek*, October 13, 2024, <https://www.newsweek.com/japans-new-leader-wants-nuclear-weapons-opinion-1968235>

^[15] Jun Kajee, "Japan's NATO Pivot Draws Increased Attention to Taiwan's Security", *Commonwealth Magazine*, April 22, 2025, <https://english.cw.com.tw/article/article.action?id=4075>; Myagi Taizo, "New Government in a Shaky Part of the World: Thinking About Ishiba Shigeru's 'Asian NATO' Concept", *Nippon*, November 20, 2024, <https://www.nippon.com/en/in-depth/d01070/>

^[16] Aaron Tu and Sam Garcia, "Think tank hosts war games in Taipei", *Taipei Times*, June 9, 2025, <https://www.taipeitimes.com/News/cont/archives/2025/06/09/2003838283>

^[17] "China sanctioned retired Japan general for 'Taiwan collusion'", *Channel News Asia*, December 15, 2025, <https://www.channelnewsasia.com/asia-asia/china-sanctions-japan-general-taiwan-shigeru-iwasaki-5592286>

THEMEN

BSC Nachlese – Steinige Wege geht man besser zusammen

Die Berliner Sicherheitskonferenz (BSC) in diesem November war auf mehreren Ebenen politischer als die des letzten Jahres. War der Impetus letzten Jahres, die bereits proklamierte 'Zeitenwende' in ihrer Dringlichkeit ins kollektive Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit zu tragen, ging es dieses Jahr deutlich stärker um die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung neuer Europäischer Wehrhaftigkeit. Zum einen auf der politischen Ebene von Allianzen und Bündnis Kooperation, zum anderen auf der strategischen Ebene von militärischen und technischen Kapazitäten.

Auch unter den am Konferenzprogramm beteiligten Akteuren war mehr politisches Schwergewicht als letztes Jahr, mit hochrangigen Regierungsvertretern des diesjährigen Partners Schweden bis hin zur Kronprinzessin, Verteidigungsminister Pistorius, und Marie-Agnes Strack-Zimmermann als einem der bekanntesten Gesichter europäischer Verteidigungspolitik. Augenfällig dagegen war die relative Abwesenheit US-amerikanischer Vertreter auf den Panels und Podien der Konferenz, verglichen mit letztem Jahr.

Die Ausnahme bildete der US-Botschafter bei der NATO Whitaker, der u.a. mit Generalleutnant Wien als deutschem militärischen Vertreter bei EU und NATO zur Zukunft des transatlantischen Bündnisses diskutierte. Neben einem Bekenntnis zu Artikel 5 der NATO-Verträge war das Fazit der amerikanischen Perspektive – wie kürzlich untermauert durch die jüngste nationale Sicherheitsstrategie – die Erwartung, dass Europa sicherheitspolitisch auf eigenen Beinen steht. Von strikt militärischen über nachrichtendienstliche bis hin zu infrastrukturellen Kapazitäten, und zwar gerne schon bald.

Die Ausführungen der EU-Vertreter auf dem Podium zeigten dementsprechend jüngst erzielte Erfolge bei der europäischen Sicherheitskooperation nach, ließen aber zwangsläufig immer wieder erkennen, wie politisch reibungsbehaftet und mutmaßlich anstrengend der Weg zu einer eigenständigen europäischen Verteidigungsfähigkeit ist.

Dass dieser Weg immerhin aktiv gegangen wird, ist ein positives Signal der diesjährigen BSC, die als tangibles Resultat die Unterzeichnung eines deutsch-schwedischen Memorandums zur sicherheitspolitischen Kooperation sah. Neben solcher Kooperation auf diplomatischer Ebene war ein weiteres Element der Konferenz der Einbezug von Startups und/oder solchen Unternehmen, die ursprünglich aus zivilen Industriebereichen stammen. Auch hier trafen bisweilen verschiedene Perspektiven aufeinander, beschrieb ein jüngerer Gründer aus dem Automotive-Bereich die Rüstungsindustrie als 'träge'. Auch hier bleibt also Wegstrecke bis zur eigenverantwortlichen europäischen Verteidigungsfähigkeit.

Ein klares Highlight auf diesem Weg, auf der Ebene militärischer und technischer Kapazitäten, bildete die starke Präsenz des neu geformten Bundeswehr Kommando Cyber- und Informationsraum (CIR) vertreten u.a. durch dessen Inspekteur VAdm Dr. Daum. Das Bewusstsein, dass der digitale mediale Raum entscheidende Infrastruktur für soziales Kooperieren und gesellschaftliches Funktionieren, und damit auch permanentes Schlachtfeld für niedrigschwellige hybride Kriegsführung ist, scheint voll angekommen.

Dementsprechend erfrischend war die Paneldiskussion zwischen Vertretern des CIR und einigen ihrer nordeuropäischen Pendanten zu notwendigen technischen und personellen Kapazitäten, aber auch höherrangigen Strategien bei der Verteidigung europäischer digitaler Souveränität.

Die politische und gesellschaftliche Dimension dieser BSC wurde eingefangen im Verweis vom

stellvertretenden Leiter des britischen Cyber & Specialist Operations Command Lieutenant General Copinger-Symes, dass es im digitalen Raum immer auch um den Schutz und die Behauptung des konstruktiven eigenen Narrativs gegen Desinformation und Diffamierung ginge. Auch steinige Wege geht man besser, wenn man sie bewusst, unverzagt, und zusammen geht.

Dr. Simon Dümpelmann

Dr. Simon Dümpelmann ist frisch zu KI Governance & digitaler Ethik (Zeppelin Universität Friedrichshafen) promoviert. Als Alumnus der Stiftung der Deutschen Wirtschaft engagiert er sich in verschiedenen Rollen zwischen Wirtschaft, Gesellschaft, und Politik.

Dieser Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wieder.

THEMEN

„NUKLEAR“ Ein deutscher Thriller über die nächste Stufe der hybriden Kriegsführung

Buchrezension

Hybride Angriffe aus Russland, wie zum Beispiel Sabotage an Bahnstrecken, Drohnenoperationen über kritischer Infrastruktur und Desinformation sind längst in unserem Alltag und der öffentlichen Diskussion in Deutschland angekommen. Doch die strategische Logik dahinter wird häufig nur oberflächlich debattiert. Handelt es sich (nur) um ein fortgesetztes Austesten westlicher Schwachstellen mit der Absicht der Verunsicherung und inneren Spaltung der westlichen Gesellschaften? Wie könnte die russische Absicht aussehen? Gibt es einen langfristigen Plan für eine Eskalation?

In sicherheitspolitischen Debatten dominiert häufig ein Standardszenario: Ab 2028 oder 2029 könnte Russland gegen die NATO militärisch aktiv werden – etwa mit ei-

nem Angriff auf Narwa, wie ihn Carlo Masala in *Wenn Russland gewinnt* beschreibt. In diesem Szenario würden die baltischen Staaten und Polen den Großteil der Last tragen, während Deutschland vor allem als logistische Drehscheibe agiert. Die unausgesprochene Aussage dahinter: Wir haben noch mehrere Jahre Zeit uns vorzubereiten; die Kämpfe werden voraussichtlich, wie auch in der Ukraine, weiter im Osten ausgetragen, wenn auch dann mit der Beteiligung deutscher Soldaten.

Aus historischer Sicht halte ich dieses Denken für riskant. Kriege verlaufen selten nach Plan, und Angreifer halten sich nicht an Vorgehensweisen, die wir ihnen zuschreiben. Deshalb sollten wir nicht von einem bestimmten Zeitfenster oder Szenario ausgehen. Wir sollten Überraschungen aktiv mitdenken und uns auf unkonventionelle und direkte Angriffsszenarien einstellen. Ganz im Sinne der für das deutsche Heer zumindest öffentlich seit kurzem vorgetragenen „Fight Tonight“ – Doktrin.

Der Thriller *NUKLEAR* entwirft ein bedrückend realistisches Szenario eines russischen Überraschungsangriffs auf Deutschland schon in sehr naher Zukunft. Das Buch erzählt diese Geschichte in mehr als zehn Handlungssträngen. Aus der Perspektive deutscher und russischer Akteure, aus den Regierungszentralen und aus dem Blickwinkel unserer Sicherheitsbehörden. Damit greift der Roman Themen auf, die derzeit Politik und Öffentlichkeit prägen: Zeitenwende, hybride Kriegsführung und die Frage, wie kriegstüchtig Deutschland wirklich ist.

Damit soll das Buch einen Nerv der Zeit treffen. *NUKLEAR* zeigt in zugespitzter Form ein konkretes Szenario auf, in dem beschrieben wird, was passieren könnte, wenn Deutschland auf diese neue Form und nächste Stufe moderner hybrider Kriegsführung nicht ausreichend vorbereitet ist. Das Alleinstellungsmerkmal von *NUKLEAR* ist dabei die konsequent deutsche Sicht. In einem sonst angelsächsisch dominierten Genre nimmt der Roman eine spezifisch deut-

sche Perspektive ein und legt die Schwächen der deutschen Verteidigungsbereitschaft und unseres Verteidigungswillens gnadenlos offen.

Die strategische Großwetterlage: ein geschwächter, aber hochgefährlicher Gegner

NUKLEAR ist stilistisch an Werke angelehnt, die reale Ereignisse literarisch rekonstruieren – etwa Stefan Austs *Der Baader-Meinhof-Komplex*. Die Fiktion soll dadurch eine irritierende Nähe zur Gegenwart erzeugen. Der Roman legt nahe, dass Russland weit mehr vorbereitet, als öffentlich sichtbar ist. Die Leitfrage lautet: Wie könnte ein russisches Endspiel aussehen, das die politische Statik Europas erschüttert?

NUKLEAR zeigt einen russischen Präsidenten, der unter extremen Druck steht, sich in die Enge gedrängt fühlt und daher bereit ist, enorme Risiken einzugehen. Russland ist im Kern schwach: Die immer stärker werdende Abhängigkeit von der Supermacht China und der immer stärkere technologische Rückstand in den Zukunftsthemen KI, Quantencomputing und Robotik wird zur existentiellen Bedrohung. Die Haupteinnahmequelle aus fossilen Energieexporten versiegt langsam. Dazu wirkt die demografische Entwicklung wie ein Langfristgift. Russland ist im Süden, im Fernen Osten und an der ukrainisch-europäischen Grenze sicherheitspolitisch überdehnt. Der Krieg in der Ukraine hat große Teile der konventionellen Schlagkraft aufgebraucht und eine weiter existierende demokratische Ukraine bedeutet eine massive ideologische Bedrohung für die Herrschaft des Regimes.

Gleichzeitig ist für Moskau klar: Ein direkter Krieg gegen die NATO – insbesondere gegen die verteidigungsbereiten skandinavischen Staaten, Finnland, Polen und die baltischen Länder wäre selbst ohne die Beteiligung der USA kaum zu gewinnen. Damit verschiebt sich die strategische Fragestellung. Im Roman lautet sie: Wenn Russland Europa nachhaltig schwächen will – wa-

rum dann nicht das politische Zentrum direkt angreifen?

Diese Gemengelage führt zur zentralen These des Romans: Russlands Ziel besteht darin, in Deutschland einen politischen Machtwechsel herbeizuführen, Deutschland mit seiner verbliebenen technologischen und wirtschaftlichen Stärke auf die Seite Russlands zu ziehen, hin zur Abkehr von der Ukraine und zur Anerkennung russischer Dominanz in Europa.

Deutschland als Ziel

Deutschland stellt damit aus russischer Perspektive das primäre strategische Ziel dar. Als zentraler wirtschaftlicher Financier und politisches Kernstück der europäischen Einigung ist Deutschland der Stabilitätsanker Europas. Ein Zusammenbruch Deutschlands hätte unmittelbare Kaskadeneffekte für die Handlungsfähigkeit des westlichen kontinentalen Europas und der EU insgesamt. In diesem Sinne gilt: Fällt Deutschland, gerät die europäische Ordnung in ihrem Zentrum ins Wanken.

Im Vergleich dazu sind Staaten wie Polen, die baltischen Länder oder auch Finnland für Russland strategisch eher nachrangige Schauplätze. Ein direkter Angriff auf diese Staaten wäre mit hohen politischen und militärischen Kosten verbunden, während der potenzielle strategische Gewinn begrenzt bliebe. Hinzu kommt die besondere Verwundbarkeit der deutschen Gesellschaft. Über mehr als ein Jahrzehnt hinweg wurden politische und gesellschaftliche Debatten – insbesondere im Kontext von Migration – stark polarisiert. Das Ergebnis ist eine politisch fragmentierte, konfliktscheue und stark zivil geprägte Gesellschaft, in der ein ausgeprägter Verteidigungswille nur begrenzt erkennbar ist. Diese innere Disposition macht Deutschland anfälliger für hybride Einflussnahme, Desinformation und politische Destabilisierung.

In diesem Zusammenhang gewinnen parteipolitische Akteure mit systemkritischen oder offen prorussischen Positionen strategische Bedeutung. Insbesondere

die AfD als potenzielle „sechste Kolonne“ im Sinne externer russischer Einflussnahme.

Schließlich bleibt Deutschland besonders anfällig für nukleare Erpressung. Im Gegensatz zu Großbritannien und Frankreich verfügt die Bundesrepublik über keine eigenen nuklearen Abschreckungsmittel. Diese strategische Asymmetrie schränkt den deutschen Handlungsspielraum ein und erhöht die Wirksamkeit nuklearer Drohkulissen im Rahmen der russischen Eskalationsstrategie.

Jahrelange Vorbereitung im Verborgenen – der erste Teil des Romans

Der erste Teil von *NUKLEAR* widmet sich der langen Phase der verdeckten Vorbereitung. Die Erzählung zeigt, wie systematisch ein solcher Angriff geplant werden könnte. Er beschreibt die Rekrutierung und Einschleusung von Schläferzellen, die Verlegung von Waffen, Sprengstoff und Drohnentechnik nach Deutschland und andere europäische Staaten. Dazu wird der Aufbau logistischer Strukturen für einen späteren koordinierten Schlag dargestellt. All dies läuft weitgehend unbemerkt, während die öffentliche Debatte in Deutschland zwischen Migrationspolitik, Wirtschaftskrise und tagespolitischen Themen oszilliert. Die Eskalation beginnt schließlich mit einer Drohkulisse im Baltikum und an der polnischen Grenze, die den Westen ablenkt. Deutschland verstärkt seine militärische Präsenz in diesem Raum. Parallel werden in Deutschland innergesellschaftliche Spannungen bewusst verstärkt – etwa durch ein rechtsradikales Attentat, das Vergeltungsakte auslöst. Die Polizei wird gebunden, die öffentliche Stimmung kippt. Deutschland wirkt verwundbar – und unsere Sicherheitsarchitektur steht unter extremem Stress, bevor der eigentliche Angriff überhaupt beginnt.

Der Angriff aus dem Nichts

Der zweite Teil des Romans beginnt mit dem sogenannten Tag X. Der Angriff erinnert in seiner Logik an den 11. September, jedoch in einer neuen, multidimensionalen Form. Die Eskalation verläuft nicht über die im Grundgesetz vorgese-

hene Logik. Es gibt keine Vorbereitungszeit und ein Ausrufen des Spannungsfalls vor dem Verteidigungsfall. Der Ablauf der Angriffe ist präzise, brutal und überfordert die deutschen Sicherheitsbehörden innerhalb weniger Stunden:

Attentate auf deutsche Spitzenpolitiker setzen den ersten Schockmoment. Ein Vielzahl koordinierter Angriffe treffen Flughäfen, Autobahnkreuze, Bahntrassen, Häfen und die kritische Infrastruktur. Drohnenangriffe übernehmen dabei eine zentrale Rolle. Pipelines und Verdichterstationen werden gesprengt, die Energieversorgung bricht ein. Die gezielten Angriffe auf das Stromnetz lösen regionale Blackouts aus.

Besonders perfide ist die strategische Tarnung: Die meisten Anschläge wirken wie islamistische Terrorakte. Eine orchestrierte Desinformationskampagne im Sinne von „*Flood the Zone*“ sorgt dafür, dass die Öffentlichkeit kaum noch Fakten von Fakes unterscheiden kann. Innerhalb weniger Stunden herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Polizei ist überfordert, der Verteidigungsfall wird ausgerufen, Ausgangssperren verhängt.

Die *Plausible Deniability* bleibt dabei für Moskau erhalten – die Öffentlichkeit ist verwirrt, die Informationslage chaotisch. Innerhalb kürzester Zeit wird unser Land und die zu seinem Schutz aufgerufenen Institutionen in Richtung Handlungsunfähigkeit gebracht.

Die nukleare Komponente mitdenken: das entscheidende Druckmittel

Ein wichtiges Element wird in der Geschichte immer wieder angedeutet und bleibt bis zum Schluss präsent: die russische Nukleardoktrin. Russland behält sich den Einsatz taktischer Atomwaffen zum „Deeskalieren durch Eskalation“ vor. Diese Möglichkeit und konkrete Androhung – bereits im Ukrainekrieg offen angedeutet – verstärkt die Wirkung des hybriden Angriffs enorm.

Am Ende des Buches ergibt sich ein bedrückendes Bild: Deutschland knickt ein. Nicht aufgrund mi-

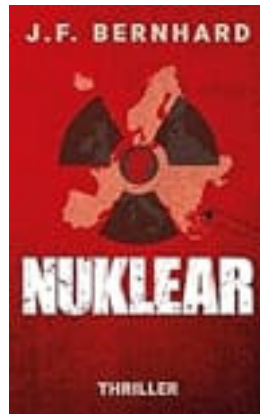
litärischer Übermacht, sondern aufgrund seines politischen und gesellschaftlichen Unwillens, einen Krieg führen zu müssen.

Absicht des Autors

Hinter der fiktiven Erzählung stehen zwei Thesen, die zur sicherheitspolitischen Diskussion einladen:

These 1: Wir denken Abschreckung zu defensiv. Ein hochindustrialisiertes und dichtbevölker-tes Land dieser Größe lässt sich nicht nur defensiv schützen. Wer nur über Verteidigung spricht, hat bereits verloren. Offensive Abschreckung ist der entscheidende Faktor. Hybride Bedrohungen müssen auch mit hybriden Antworten beantwortet werden. Wir dürfen nicht nur defensiv denken sondern aktive Gegenmaßnahmen diskutieren und Fähigkeiten aufbauen. Dabei benötigen wir auch eine neue Debatte und Entscheidungen über nukleare Abschreckungsfähigkeit. Abschreckung basiert auf den bekannten Pfeilern Fähigkeiten, klarer Kommunikation und dem glaubwürdiger Willen zum Handeln. Deutschland hat in allen drei Bereichen massive Defizite.

These 2: Der Wille zum Kampf entscheidet und ist in Deutschland besonders schwach ausgeprägt. Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verteidigen sich nicht von selbst. Ohne gesellschaftliche Wehrhaftigkeit wirkt jede sicherheitspolitische Maßnahme nur halbherzig. Dafür müssen wir konkrete Impulse für eine neue sicherheitspolitische Kultur setzen. Wir benötigen einen strategischer Mindset-Wechsel: Weg vom Wunschenken, hin zu realistischen Szenarien. Wir brauchen eine Stärkung der Resilienz. Zum Beispiel über eine Einführung der Dienstpflicht, dem beschleunigten Aufbau von Heimatschutzeinheiten in jedem Landkreis und jeder Stadt sowie regionalen „Safe Spaces“ mit autarker Energie- und medizinischer Versorgung.



NUKLEAR soll kein dystopischer Katastrophenroman sein, sondern ein analytisches Gedankenexperiment in Form eines Thrillers. Eine Fiktion, die den Ernstfall durchspielt. Der Roman zeigt, wie verletzlich Deutschland im Moment ist und wie ein entschlossener Gegner diese Schwächen ausnutzen könnte. Er zwingt uns dazu, die Fragen zu stellen, die in Politik und Gesellschaft oft ausgeblendet werden: Wie viel ist die Freiheit uns tatsächlich wert? Sind wir als Bürger, als Institutionen und als Staat gewillt, unsere Werte mit allen unseren Kräften zu verteidigen und dafür auch einen Krieg zu führen?

Maximilian Wülfing

Maximilian Wülfing ist Autor und Jurist. Dieser Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wieder.

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber

Der Vorstand der **pmg**

Redaktion

Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)

Tel.: +49 (221) 8875920

E-Mail: info@pmg-ev.com

Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen mehrfach jährlich nach den Veranstaltungen der **pmg**.

